

# Stadt beharrt auf Kostenschätzung für Neubau

## Glinde (voe).

Auch der jüngste Bauausschuss konnte am gespannten Verhältnis zwischen der Bürgerinitiative (BI) für einen neuen Lärmschutz an der K 80 und der Glinde Stadtverwaltung nichts ändern. Die Ausschussmitglieder Peter Michael Geierhaas (SPD) und Jan Schwartz (Grüne) versuchten am Donnerstagabend die Schärfe aus der Diskussion zu nehmen. Schwartz empfahl gar, einen Moderator zu Rate zu ziehen. "Wir drehen uns sonst nur im Kreis."

Zankapfel ist und bleibt die Kostenschätzung für eine neue Lärmschutzwand. Die BI hatte eigene Angebote für den Neubau eingeholt, eines davon mit gut einer halben Million Euro deutlich günstiger, als die zuvor von der Stadt vorgelegte Kalkulation von 1,6 Millionen Euro.

Sachgebietsleiterin Diana Uphagen reagierte verärgert auf die Zweifel der Initiative an den von ihr vorgelegten Berechnungen. Die BI gehe von der falschen Voraussetzung aus, die zu bauende Lärmschutzwand sei nur zwischen vier und fünf Metern hoch. Uphagen: "Nachdem die Politik uns dazu aufgefordert hat, haben wir nun das von der BI empfohlene Büro der Firma K-Nord kontaktiert, das angeblich eine günstigere Variante vorlegen kann. Der Bereich acht Meter über Oberkante der Fahrbahn kostet auch nach Berechnungen von K-Nord 1,15 Millionen Euro." Der Bereich neun Meter über der Oberkante der Fahrbahn koste um die 1,35 Millionen Euro. Beides inklusive Bau- und Nebenkosten und Rückbaumaßnahmen für das derzeitige Konstrukt.

Junias Berndt von der Initiative hielt es danach kaum auf seinem Sitz im Zuschauerblock: "Das ist wieder ein unglaublicher Schnellschuss der Verwaltung. Wir haben bei K-Nord 2500 Quadratmeter Lärmschutzwand angefragt, mehr als genug also, zumal wir an einem Hang wohnen." Der Vorwurf, die BI habe die Schätzungen zu niedrig angesetzt, sei schlichtweg falsch. Auch das von der Stadt beauftragte Fachbüro habe in seiner Lärmaktionsplanung aus 2014 die Kosten für eine neue Lärmschutzwand mit rund 550 000 Euro beziffert. "Die Rückbaumaßnahmen gehören nicht in derartige Berechnungen", so Berndt.

"Wir sind bei der Kostenschätzung an juristische Vorgaben gebunden, die wir erfüllen.", entgegnete Bürgermeister Rainhard Zug. "Die Kosten für den Rückbau sind deshalb auch mit einzuberechnen." Die BI impliziere immer wieder, die Stadt wolle die Kosten künstlich erhöhen. "Sie beurteilen das emotional. Kosten haben aber nichts mit Gefühlen zu tun", so Zug. Hoffnungsschimmer für die BI: Die Fraktionen wollen beraten, wie es nun weiter gehen kann.